



SPD-Fraktion Wuppertal

SPD-Ratsfraktion Wuppertal
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal



CDU-Fraktion Wuppertal

CDU-Ratsfraktion Wuppertal
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Gemeinsam nachhaltig
handeln für Wuppertal

**Vereinbarung zwischen SPD und CDU über
die Kooperation in den Ratsgremien der
Stadt Wuppertal in der Wahlperiode 2014 –
2020**

Präambel

In den vergangenen fünf Jahren hat sich Wuppertal positiv entwickelt. Daran haben viele engagierte Bürgerinnen und Bürger mitgewirkt. Projekte wie die Nordbahntrasse und der Nordpark, die Quartiersentwicklung am Arrenberg und am Ostersbaum zeigen, welches qualitative Entwicklungspotential Wuppertal hat. Dass dies mit bürgerschaftlichem Engagement und öffentlichen Mitteln geschieht, zeigt auf, dass man gemeinsam viel für unsere Stadt erreichen kann. Wir wollen diese Entwicklung fortschreiben. Wuppertal ist eine Großstadt, die eine gute Zukunft vor sich hat. Diese gilt es zu entwickeln und zu sichern. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten und Chancen unserer Stadt in allen Bereichen nachhaltig positiv gestalten.

Die Aufrechterhaltung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit der Stadt Wuppertal ist dabei eine der Kernaufgaben unserer gemeinsamen Politik für diese Ratsperiode. Vor diesem Hintergrund stehen sämtliche Vorhaben zunächst einmal unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Ganz entscheidend für die Bewahrung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit ist eine nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltskonsolidierung, die konsequente Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wuppertal sowie eine deutliche Steigerung der Familienfreundlichkeit in unserer Stadt. Wir wollen gemeinsam Wuppertal zukunftsfähig machen.

Die vorliegende Kooperationsvereinbarung erläutert die Handlungsschwerpunkte der gemeinsamen politischen Arbeit. Diese Vereinbarung gilt für die Dauer der gesamten Wahlperiode. Aufgrund der Länge der Ratsperiode 2014 bis 2020 ist diese Vereinbarung ständig an die aktuellen Entwicklungen anzupassen, ggfs. kann dieses mittels eines neuen Beschlusses erfolgen.

Inhaltsverzeichnis

Finanzpolitik	S.4
Bürgerbeteiligung als Querschnittsaufgabe	S.5
Verwaltungsreform und E-Government.....	S.6
Soziales, Jugendhilfe, Bildung und Familien	S.7
Bildungskette und Inklusion	S.7
Sozialräumliche Aspekte.....	S.9
Wirtschaft, Strukturwandel und Clusterstrategie	S.10
Wirtschaft und Strukturwandel.....	S.10
Clustervorsorge	S.12
Kommunale Daseinsvorsorge	S.13
Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt	S.13
Stadtentwicklung.....	S.13
Verkehr.....	S.15
Umwelt und Energieeffizienz.....	S.16
Kultur und Sport	S.18
Kultur.....	S.18
Sport	S.20
Ordnungspartnerschaften	S.20

Finanzpolitik

Die Grundlage all unseres politischen Handelns ist ein ausgeglichener Haushalt. Denn nur ein von der Bezirksregierung genehmigter Haushalt befähigt den Rat der Stadt Wuppertal dazu, seine vollen Entscheidungsmöglichkeiten auszuschöpfen. SPD und CDU halten am Ziel, 2017 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können und somit die kommunale Handlungsfähigkeit sicherzustellen, uneingeschränkt fest.

Im Zuge der letzten Haushaltskonsolidierungen mussten die Wuppertalerinnen und Wuppertaler bereits teilweise schmerzhafte Einschnitte hinnehmen. Ein maßgeblicher Grund für die massiven kommunalen Finanzprobleme ist in den stetig ansteigenden Soziallasten zu finden. Der von der Landesregierung eingeführte „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ bietet Wuppertal wieder eine finanzpolitische Perspektive. Es zählt zu den wesentlichen Leistungen der Kooperationsfraktionen der vergangenen Jahre, diese Chance ergriffen zu haben. Die damit verbundenen Vorgaben sind auch weiterhin uneingeschränkt zu erfüllen. Bei allem Bemühen, das soziale und kulturell vielfältige Wuppertal erhalten zu wollen, muss die Fortschreibung des Sanierungsplans oberste Priorität haben. Gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen und Anpassungen sind vorzunehmen. Ab dem Jahr 2017 werden die Landeszuschüsse kontinuierlich abschmelzen, und bis zum Auslaufen des Stärkungspaktes im Jahr 2021 wollen wir Wuppertal so gestärkt wissen, dass wir auch dann noch selbständig finanziell agieren können. Das gemeinsame Leitziel dieser Kooperation ist, auch in Zeiten schwieriger Rahmenbedingungen die Zukunftsfähigkeit Wuppertals nachhaltig zu stärken.

Das bedeutet, dass die beiden Kooperationsfraktionen den Haushaltssanierungsplan (HSP) konsequent weiter fortführen werden, damit Wuppertal auch nach Ablauf des Stärkungspaktes finanziell selbständig handeln kann.

Ein wichtiger Baustein, um die finanzielle Situation vieler Kommunen in NRW nachhaltig zu stärken, ist die Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Wer Leistungen bestellt, muss dafür auch die Finanzierung sichern. Nur wenn Bund und Land auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, kann Wuppertal weiterhin gewissenhaft seine Verpflichtungen erfüllen. Konsequenterweise vereinbaren die Kooperationsfraktionen, gemeinsam für die Einhaltung des Konnexitätsprinzips in den verschiedenen Handlungsfeldern zu kämpfen.

In diesem Sinne bestärken SPD und CDU ihre Erwartungen an den Bund, dass das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Bundesteilhabegesetz zügig umgesetzt wird und die damit verbundenen fünf Milliarden Euro an Eingliederungshilfe für junge Menschen mit Behinderungen in eine Berufsausbildung zeitnah fließen.

Bürgerbeteiligung als Querschnittsaufgabe

Bei der Erarbeitung des Haushaltes und dem Leitprojekt Wuppertal 2025 haben wir weitere Erfahrungen mit dem Thema Bürgerbeteiligung sammeln können. Wir erkennen diese Form der Beteiligung als einen wechselseitigen Lernprozess an und möchten den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt intensivieren und zu einer schlüssigen Konzeption weiterentwickeln. Bürgerbeteiligung ist unserer Auffassung nach eine Querschnittsaufgabe in der Verwaltung, denn durch aktiven Austausch und Teilhabe kann in vielen Sachfragen sicherlich nicht nur die Effektivität gesteigert sondern vor allem auch eine höhere Akzeptanz für kommunalpolitische Entscheidungen herbeigeführt werden. Idealerweise sollte die Einbindung schon zu Beginn des Verwaltungsprozesses ermöglicht werden.

Um die Bürgerbeteiligung im Verwaltungswesen fest verankern zu können, vereinbaren die beiden Kooperationsfraktionen die Einrichtung eines fünften Dezernats. Dieses Dezernat soll neben der Verankerung der Bürgerbeteiligung möglichst zu Beginn des Verwaltungshandelns durch Verteilung von Verwaltungsaufgaben mehr Spielraum für Reformen in den einzelnen Bereichen der Wuppertaler Verwaltung schaffen. Der neue Aufgabenbereich mit seinen vielschichtigen, nicht zuletzt auch rechtlichen Problemen ist angemessen politisch u.U. mit einer eigenen Arbeitsgruppe oder Kommission zu begleiten. Wuppertal wird mit diesem Schritt Neuland betreten, doch sind sich die Kooperationsfraktionen darin einig, dass dem Thema Bürgerbeteiligung deutlich mehr Gewicht verliehen werden muss als es bislang auf der Ebene einzelner Organisationsstrukturen möglich war. SPD und CDU wünschen sich eine höhere Akzeptanz von Kommunalpolitik auf der einen und dem Werkzeug der Beteiligung auf der anderen Seite und sehen in der Aufwertung des Themenkomplexes zur Dezernatenebene eine wichtige und richtungsweisende Zielvorgabe für die zukünftige Struktur der Verwaltung.

Die Einbeziehung von Bürgerbeteiligung in politische Entscheidungsprozesse setzt verbesserte Transparenz und Information voraus und erfordert zugleich einen Umdenkungsprozess innerhalb der Verwaltung. Zur Begleitung dieses Prozesses ist ggfs. externe Beratung in Anspruch zu nehmen. Stärker als bisher ist Verwaltung und Politik dazu aufgefordert, die Leistungen der Stadt nach außen hin darzustellen, deutlich zu kommunizieren und für die Bürgerinnen und Bürger transparent zu gestalten. Ohne den verfassungsrechtlichen Grundsatz der repräsentativen Demokratie in Frage stellen zu wollen, möchten wir gemeinsam Demokratie nachhaltig weiterentwickeln. Es gilt ein breit angelegtes System mit unterschiedlichen Formen zu entwickeln, das Minderheiten nicht einseitig bevorzugt und bestimmte Bevölkerungsgruppen wie z.B. ältere Menschen nicht von vornherein von der Beteiligung ausschließt.

Verwaltungsreform und E-Government

Vor dem Hintergrund der bereits durchgeführten Personalreduzierung wird bei weiter angespannter Haushaltslage die Bedeutung qualitativer Personalentwicklung stärker gewichtet werden müssen, um Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger in angemessener Form anbieten zu können. Unter Berücksichtigung der finanziellen Handlungsmöglichkeiten und des technischen Fortschritts vereinbaren die Kooperationsfraktionen deshalb, das Personalentwicklungskonzept weiter fortzuschreiben.

In den kommenden Jahren wollen wir Wuppertals Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken (E-Government) weiter ausbauen. Eine zeitgemäße und serviceorientierte Herangehensweise an das Thema E-Government, subsummiert unter der Idee der „Kunde Bürger“, sollte auch hier die Zielrichtung der Verwaltung deutlich machen. Viele Bereiche der Verwaltung sind hier bereits auf einem guten Weg. Die Kooperationsfraktionen sind sich darin einig, dass gerade der Bereich des E-Government eine große Chance für die Verwaltung bietet, sich nach außen hin zu präsentieren, zu öffnen, auf Veränderungen einzulassen und somit eine hohe Akzeptanz auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger zu erlangen. Die Weiterentwicklung von E-Government muss daher strategisch stärker gewichtet und mit Ressourcen hinterlegt werden. Wir wollen, dass Wuppertal sich in dieser Perspektive einen Spitzenplatz im interkommunalen Vergleich erarbeitet.

Soziales, Jugendhilfe, Bildung und Familien

Auch wenn in der jüngsten Vergangenheit die Wirtschaftsentwicklung gesamt gesehen in Deutschland eine Verbesserung erfahren hat, fallen in Wuppertal die positiven Effekte aufgrund der Erwerbs- und Bevölkerungsstruktur leider deutlich geringer aus. Armut bleibt ein großes Thema in unserer Stadt. Die Gesamtquote der Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen nach dem Sozialgesetzbuch SGB II beträgt etwa 17,3 Prozent. Fast jedes dritte Kind in Wuppertal lebt von Hartz IV. Obwohl die finanziellen Handlungsspielräume auf kommunaler Ebene extrem eingeschränkt waren, ist es uns in der Vergangenheit dennoch gelungen, die sozialen Standards aufrecht zu erhalten. Im Bereich des U3-Ausbaus und der Einrichtung von weiteren Plätzen im Offenen Ganztage (OGS) konnten wir in Zusammenarbeit mit allen Akteuren sogar leichte Verbesserungen erreichen. Diesen Weg wollen wir gemeinsam weiter beschreiten, denn wir stehen zu dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit.

Bildungskette und Inklusion

U3-Ausbau

Damit Bildung in unserer Stadt so früh wie möglich für alle greifen kann, vereinbaren die Kooperationsfraktionen, die Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen weiter auszubauen. SPD und CDU vereinbaren, den Ausbau der U3-Betreuung bis zum Jahr 2016 auf 40 Prozent zu steigern. Für die Folgejahre bis 2020 wird verabredet, den U3-Ausbau sowohl in den Kindertagesstätten (KiTas) als auch im Bereich der Kindertagespflege so weit als möglich in Richtung der aktuellen Bedarfslage zu lenken.

Die Einrichtung von integrativen städtischen KiTa-Plätzen soll Schritt für Schritt umgesetzt werden.

Grundschulen

SPD und CDU stehen auch zukünftig für ein gut ausgebautes, ortsnahes und vielgestaltiges Grundschulangebot. SPD und CDU bekennen sich zur Gewährleistung der Schulwahlfreiheit der Eltern. Ein Ausdruck dieses Rechtes ist die Vielgestaltigkeit des Angebotes, das sich auch im Neben- und Miteinander von städt. Gemeinschaftsgrundschulen und Bekenntnisschulen findet. Der Bestand der städt. evangelischen und katholischen Bekenntnisgrundschulen bleibt gesichert, solange Eltern diese Schulform wählen.

Ausbau Offener Ganztage (OGS)

Auch die Betreuungslage im Bereich des OGS soll konsequent weiter verbessert und flächendeckend bedarfsgerecht ausgebaut werden. Hierfür vereinbaren die Kooperationsparteien, über die bereits beschlossene Steigerung von 1000 Plätzen

hinaus so bald wie möglich die 50-Prozentquote zu erreichen. Soweit es die Haushaltslage zulässt, wird eine Dynamisierung der Zuschüsse an die Träger des Offenen Ganztags angestrebt.

Schulentwicklungsplanung

Die Kooperationsfraktionen vereinbaren eine zügige Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für alle Schulformen, ausgerichtet nach den Bedarfen der Schülerinnen und Schüler und deren Eltern. SPD und CDU vereinbaren, ihre gemeinsamen Handlungen im Bereich der Schulentwicklungsplanung an den aktuellen Bedarfen und unter Beachtung der Bevölkerungsentwicklung praxisnah zu orientieren. Die positiven Ansätze zur Verbesserung des Überganges von Schule zum Beruf müssen weiter ausgebaut werden. Die praktische Umsetzung der Vermittlung von Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten gerade im Bereich der Sonderschulen hat dabei ein besonderes Gewicht.

SPD und CDU wollen die Zusammenführung von Jugendhilfeplanung und Bildungsplanung zu einer ganzheitlichen Jugendbildungsplanung. Die beiden Kooperationspartner vereinbaren die Fortschreibung der Medienentwicklungsplanung an den Wuppertaler Schulen, damit die Bildung unserer Kinder in der Informations- und Mediengesellschaft auch weiterhin gelingen kann.

Sprachförderung

Sprache ist der Schlüssel zur Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb bekennen sich SPD und CDU zu einer frühzeitigen und umfassenden Förderung der Sprach- und Lesekompetenz für alle Bildungsketten.

Inklusionsplanung

Das vom Rat der Stadt bereits beschlossene Handlungsprogramm zur Wuppertaler Inklusionspolitik für die Bereiche Bildung und Erziehung soll in den weiteren Handlungsfeldern konsequent weiterentwickelt werden. SPD und CDU vereinbaren hierzu, den Inklusionsplan für Wuppertal zügig fortzuschreiben und die Stelle eines oder einer Inklusionsbeauftragten einzurichten.

Junior Uni

Eine einzigartige Ergänzung des schulischen Bildungsangebotes stellt die Wuppertaler Junior Universität als außerschulischer Lernort für Kinder und Jugendliche dar. Die Kooperationsfraktionen erkennen ihren großen Erfolg an und unterstützen die Überlegungen, das Angebot nochmals deutlich auszuweiten, um auch sogenannte bildungsferne Schichten noch besser zu erreichen.

Sozialräumliche Aspekte

Armutsprävention

Die Bekämpfung von Armutfolgen, insbesondere bei Kindern, liegt beiden Kooperationsparteien gleichermaßen am Herzen. Mit einem Netzwerk an Armutsprävention wollen die beiden Partner gemeinsam mit den Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe sowie den verschiedenen Bildungsinstitutionen für alle Altersstufen ein umfangreiches Unterstützungs- und Förderangebot entwickeln. SPD und CDU begrüßen quartiersbezogene Präventionsprogramme, die, gestützt z.B. durch den Europäischen Sozialfonds (ESF), Modellprojekte im Bereich Armut- und Gesundheitsprävention in den Stadtteilen einrichten. Ein solches Modellprojekt sollte zunächst für ein Quartier mit kommunaler Beteiligung angestoßen werden.

SPD und CDU streben die weitere flächendeckende Einrichtung von Familienzentren in den Stadtteilen an und unterstützen die Einführung von plusKiTas und Sprachfördereinrichtungen im Rahmen der Jugendhilfeplanung.

Die beiden Kooperationsparteien begrüßen die sozialräumliche Orientierung des Jobcenters aus der jüngsten Vergangenheit und erkennen die dezentrale Aufstellung in diesen Problemquartieren als sinnvoll an.

Schulsozialarbeit

Die Kooperationsfraktionen sind sich einig, dass die erfolgreich eingeführte Schulsozialarbeit unverzichtbar ist. Aus diesem Grunde wird vereinbart, mit vereinten Kräften den Forderungen an Bund und Land Nachdruck zu verleihen, so dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit dauerhaft gesichert wird. Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an unseren Schulen leisten hervorragende (Präventions-)Arbeit und verdienen nicht zuletzt dafür ein Mindestmaß an Planungssicherheit.

Integration und Neuzuwanderung

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bilden einen großen und wichtigen Teil unserer Stadt. Aus diesem Grunde begreifen wir Integration als große Chance für das kulturelle und gesellschaftliche Leben Wuppertals, aber auch als Chance im Sinne der Nachhaltigkeit und des wirtschaftlichen Wachstums. Zur Überwindung von Problemen sind gemeinsam mit den Bezirksvertretungen Lösungsansätze zu formulieren. Die beiden Kooperationsparteien möchten an dieser Stelle ausdrücklich die gute Zusammenarbeit mit den Migrantenselbstorganisationen (MSO) hervorheben, verbunden mit dem Wunsch, diesen positiven Weg gemeinsam fortzuführen. Ferner begrüßen die Kooperationsfraktionen die jüngsten Neuerungen in der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalens, die zur veränderten Wahl des Integrationsrates geführt haben.

Eine freie Religionsausübung in den jeweiligen Gotteshäusern ist in Wuppertal bereits seit vielen Jahren eine Selbstverständlichkeit. Konsequenterweise begrüßen wir die Gesetzesänderung auf Landesebene bezüglich des Bestattungsrechtes und werden die Planungen und die Umsetzung für einen muslimischen Friedhof auf Wuppertaler Stadtgebiet positiv begleiten.

Familienfreundlichkeit

Familien benötigen in besonderem Maße Unterstützung, und sie haben auch einen Anspruch darauf, sind sie doch ein wichtiger Zukunftsmotor unserer Stadt. Um Wuppertal weiterhin attraktiv für unsere Familien zu gestalten, müssen wir Betreuungsangebote und Bildungseinrichtungen anbieten können, die dem Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso entsprechen wie den Bedürfnissen der Kinder. Die Förderung und Unterstützung von Familien muss zukünftig noch stärker in den Fokus genommen werden, um unsere Kommune zu einer „Stadt mit Zukunft für alle Kinder“ zu gestalten. Dies kann uns allerdings nur gemeinsam mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und dem ehrenamtlichen Engagement vieler Menschen in unserer Stadt gelingen. SPD und CDU sprechen allen Beteiligten, die sich seit vielen Jahren unter schwierigsten finanziellen Rahmenbedingungen für Wuppertaler Kinder, Jugendliche und Familien einsetzen, ihren aufrichtigen Dank und ihre Anerkennung aus. Diese gelebte Partnerschaft gilt es weiter auszubauen und zu stärken.

Neben den bereits erwähnten Maßnahmen im Bereich der Bildungskette vereinbaren die Kooperationsfraktionen eine ergebnisoffene Prüfung zur Einführung eines Familienpasses für alle Wuppertaler Familien, unabhängig vom Einkommen, der z.B. bei öffentlichen Einrichtungen und Angeboten Vergünstigungen ermöglicht.

Demografischer Wandel

Um dem demografischen Wandel in unserer Stadt Rechnung zu tragen, fordern die Kooperationsfraktionen bis Ende 2018 den Umbau aller städtischen Altenheime im Sinne des Landespflegegesetzes (Einzelzimmerquote 80%). Ein weiteres deutlich positives Signal geht in dem Bereich der Altenpflege von den geplanten Neueinstellungen der Betreuungsassistentinnen und -assistenten aus. Des Weiteren werden SPD und CDU Initiativen von neuen Wohnformen (generationsübergreifend, Wohnen im Alter, etc.) verstärkt unterstützen.

Wirtschaft, Strukturwandel und Clusterstrategie

Wirtschaft und Strukturwandel

Wuppertal unterliegt, wie viele andere Großstädte, einem fortlaufenden Strukturwandel, der seine deutlichen Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlässt. So sind selbst hochgradig innovativ ausgerichtete Industriebetriebe wie z.B. Schaeffler/FAG

nicht vor Arbeitsplatzverlagerung geschützt. Die Kooperationsfraktionen wollen Wuppertal verstärkt als „Innovationsregion Bergisches Land“ etablieren. Hierzu bedarf es einer konsequenten Vernetzung mit der Bergischen Universität und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die bereits gut berücksichtigte Förderkulisse der Vergangenheit muss bis hin zur europäischen Förderebene zukünftig noch effektiver und umfangreicher abgefragt werden. Auch hierbei bedarf es einem weiteren Ausbau der guten Vernetzung zur universitären Forschung.

Kleine und mittlere Familienunternehmen sowie Handwerksbetriebe benötigen eine besondere Unterstützung. Hier sollten zukünftig Coaching Angebote durch die Wirtschaftsförderung unter Einbindung von IHK, Handwerk, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften intensiviert und ausgebaut werden.

Regionales Gewerbeflächenkonzept

Der letzte Gewerbemarktreport hat gezeigt: Wuppertal ist mit seiner Gewerbeflächenpolitik auf dem richtigen Weg. Im letzten Jahr konnten in der Nachfolgenutzung, also bereits vorher genutzter oder brachliegender Flächen, insgesamt 83 Prozent dieser Flächen neu vermarktet werden. Auch in Zukunft benötigen unsere Unternehmen Wachstumsmöglichkeiten, weshalb zunächst einmal weitere Brachflächen reaktiviert werden müssen. Bei der Reaktivierung kleinerer Brachflächen sind Fördergelder abzuschöpfen, um zu marktgerechten Preisen zu kommen. Allerdings wird man auch hier die besondere Topografie unserer Stadt berücksichtigen müssen, denn viele der vorhandenen Brachflächen konzentrieren sich auf der engen Talachse und sind verkehrlich und aufgrund der notwendigen Emissionsschutzgesetze kaum adäquat zu erschließen. Wollen wir in Zukunft auch großflächigere Ansiedlungen realisieren, führt kein Weg an Neuausweisungen vorbei. Dem Erweiterungsbedürfnis der Wuppertaler Wirtschaft ist möglichst zu entsprechen.

Die Kooperationsfraktionen vereinbaren, auch zukünftig sicherzustellen, dass die Rahmenbedingungen in unserer Stadt industrielle Erweiterungen und Ansiedlungen ermöglichen. Neben der konsequenten Weiterentwicklung der Gewerbeflächen im Ortsteil Linde und an der Bahnstraße in Vohwinkel sehen SPD und CDU konkretes Entwicklungspotential im Bereich Blombach-Süd im Bezirk Ronsdorf. Wir müssen unseren Unternehmen eine Entwicklungsperspektive bieten. Grundsätzlich vereinbaren die Kooperationsfraktionen die Fortschreibung des regionalen Gewerbeflächenkonzepts, so wie es von der Bergischen Entwicklungsagentur bereits erarbeitet worden ist.

Bergische Zusammenarbeit

Der Ausbau und die Ausweitung der Bergischen Zusammenarbeit zählen zu den Schwerpunkten der politischen Arbeit in der neuen Wahlperiode des Stadtrates. Förderprogramme des Landes, des Bundes und der EU setzen zunehmend eine regionale Abstimmung oder sogar eine gemeinsame regionale Trägerschaft voraus.

Gerade die Herausforderungen der Struktur- und Wirtschaftsentwicklung erfordern regional abgestimmte Konzepte und Projekte. Die bisherigen Projekte wie beispielsweise die gemeinsame Leitstelle oder das Service-Center zeigen, dass durch Kooperation qualitative Verbesserungen und wirtschaftliche Einsparungen zu erreichen sind.

Daher bekennen sich die Fraktionen von SPD und CDU ausdrücklich zum Grundsatz der bergischen Zusammenarbeit und erklären ihre ausdrückliche Bereitschaft, diese auszubauen und auszuweiten. Vor allem gilt es, eine dauerhafte und stabile Organisationsstruktur zu schaffen sowie die Zusammenarbeit mit den Partnern in Wirtschaft und Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und der Universität auszubauen. Aufgaben, die am wirkungsvollsten auf regionaler Ebene erledigt werden können, sollen dort gebündelt werden. Der Schwerpunkt soll auf den Aufgaben zur Gestaltung des ökonomischen und sozialen Strukturwandels liegen.

Clustervorsorge

Die Konzentration auf erfolgreiche und entwickelbare Schwerpunkte regionaler Wirtschaftsförderung (Cluster) in der Vergangenheit hat sich als richtig erwiesen. Einen unschätzbaren Standortvorteil sehen die Kooperationsfraktionen in diesem Zusammenhang in der Bergischen Universität, die als Forschungs- und Entwicklungspartner immer enger mit der Wuppertaler Wirtschaft zusammenarbeitet. Mit dem W-TEC hat Wuppertal außerdem eines der erfolgreichsten Technologiezentren in Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus haben sich neben Elektroindustrie, Chemie & Farben und der Metallverarbeitung neue Cluster im Bereich Gesundheitswirtschaft, Automotive, Eventmanagement, Kreativwirtschaft mit dem Schwerpunkt Industrial Design, Informations- und Kommunikationswirtschaft und natürlich Energieeffizienz gebildet. Um von der Landes-, Bundes- und Europaförderung maximal profitieren zu können, muss Wuppertal seine Schwerpunktstrategie allerdings nachhaltig an diesen Leitmärkten orientieren. Die Kooperationsfraktionen vereinbaren, diese Aufgabe gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung, der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz und der Bergischen Entwicklungsagentur offensiv zu diskutieren und zügig voran zu treiben.

Kommunale Daseinsvorsorge

Die Kooperationsfraktionen vereinbaren, dass ein Verkauf kommunaler Unternehmen für die gesamte Ratsperiode bis 2020 nicht in Frage kommt. Gleichwohl vertreten SPD und CDU die Ansicht, dass sich die kommunalen Unternehmen an die sich ständig verändernden rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen und entsprechend reagieren müssen.

Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt

Stadtentwicklung

Wuppertal hat eine hohe Wohn- und Lebensqualität. Das merken auch die Menschen aus unserem näheren Umland, und so konnte unsere Stadt in den letzten Jahren vermehrt Zuzüge aus Großstädten wie Düsseldorf und Köln verzeichnen. Die unterschiedlichen Wohnquartiere, der hohe Bestand an Altbauten mit erhaltenswerter Bausubstanz und die reizvolle Topographie machen die besondere Attraktivität Wuppertals als Wohnstadt aus. Hinzu kommen Naturnähe, Zentralität und ein breites Spektrum an urbaner Angebotsqualität. Diese Besonderheiten gilt es optimal zu fördern und einen Markenkern noch deutlicher herauszuarbeiten. Wuppertal hat großes Potenzial, denkt man allein an qualitative Aspekte wie die Nordbahntrasse, Wohnen in der Stadt verknüpft mit dem Thema „Lebensader Wupper“, „Leben im Loft“ oder „Mehrgenerationenhäuser“. In den nächsten Jahren muss es uns gelingen, ein noch klareres Leitmotiv herauszustellen, unter dem wir die Stadt entwickeln wollen.

Mit Einrichtung der Wuppertaler Quartiersentwicklungsgesellschaft wurde in der Vergangenheit bereits ein wichtiger Grundstein in Richtung Beratung, Vernetzung und Akquise von Fördermöglichkeiten gelegt. SPD und CDU vereinbaren die Überprüfung von Möglichkeiten, die Quartiersentwicklungsgesellschaft zu stärken und weiter über die reine Beratungs- und Moderationstätigkeit hinaus auszubauen. Eine so breit aufgestellte „Stadtentwicklungsgesellschaft“ muss deutlich stärker in der Lage sein, gezielt Fördermittel zu akquirieren und Lösungsansätze für Problemquartiere zu entwickeln, da sowohl das Thema Schrottimmobilien als auch die allgemeine Leerstandsproblematik in den kommenden Jahren zunehmen wird. So halten wir weiter die Nutzung von Brach- oder Altindustrieflächen, von denen es in Wuppertal traditionsgemäß eine ganze Reihe gibt, für ein herausgehobenes Element aktiver Stadtentwicklung. Auf das Problem der Verdoppelung von Leerstand in Problembezirken muss eine Antwort gefunden werden, dieses kann nur gemeinsam mit Bund und Land geschehen.

Die Kooperationsfraktionen vereinbaren, den Prozess „Leitlinien zur Stadtentwicklung 2025“ weiter zu entwickeln und daraus entsprechende Handlungsempfehlungen abzuleiten und umzusetzen. Mit dieser qualitativen Entwicklungsperspektive wird das Bild Wuppertals nach außen und innen positiv verändert.

Einzelhandelsentwicklung

Die Kooperationsfraktionen sind sich darüber einig, dass Wuppertal im Vergleich zu anderen Städten durchaus noch Zuwachs im qualitativen Einzelhandel vertragen kann. Politische Einflussmöglichkeiten in dieser Gestaltungsfrage, gerade im

Innenstadtbereich, sind allerdings begrenzt. Hier entscheiden nicht zuletzt die Eigentümer über die qualitative Weiterentwicklung der Innenstädte. Die Kooperationsfraktionen begrüßen in diesem Zusammenhang den Zusammenschluss der Eigentümer in der Innenstadt Barmen zur Standortentwicklungsgesellschaft und werden deren Arbeit zukünftig im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter unterstützen.

Kleinere und mittelständische Unternehmen sowie Handwerksbetriebe

SPD und CDU sagen den kleineren und mittleren Familienunternehmen in unserer Stadt weiterhin ihre Unterstützung zu. Diese Unternehmen bilden das Rückgrat des Arbeitsmarktes und sind naturgemäß besonders standorttreu, zeichnen sich durch eine sehr persönliche Mitarbeiterführung aus und sind ein wichtiger Bestandteil der Wuppertaler Ausbildungslandschaft. Sie müssen deshalb die größtmögliche Unterstützung der Wirtschaftsförderung erhalten.

Döppersberg

Die Kooperationsfraktionen bekennen sich ausdrücklich zur Realisierung dieses Schlüsselprojektes. Mit der Sanierung des Döppersbergs wird Wuppertal ein dringend benötigtes neues Entree erhalten, das zudem ein Ausdruck von Zukunftsfähigkeit ist. Die Bauphase wird für uns alle eine erhebliche Belastung darstellen. Deshalb sollte während der gesamten Laufzeit die Kommunikation mit den Wuppertalerinnen und Wuppertalern durch größtmögliche Transparenz und Aufklärung gekennzeichnet sein. SPD und CDU sind sich darin einig, dass durch die Neugestaltung des Döppersberg das Stadtbild Wuppertals nachhaltig zum Positiven verändert wird.

Ein wichtiger Aspekt im Hinblick auf die Neugestaltung rund um den traditionsreichen Bahnhof wird die qualitätsvolle Entwicklung des Investorenprojektes und der historischen Bundesbahndirektion sein. Die beiden Kooperationsfraktionen unterstützen eine zeitgemäße Entwicklung dieser Flächen, die mit einer verträglichen Nutzung für den bereits ansässigen Einzelhandel einhergeht.

IKEA

Die Kooperationsfraktionen unterstützen ausdrücklich die Ansiedlung von IKEA am geplanten Standort „Wuppertal-Nord“ und sagen zu, die Planungs- und Bauvorhaben weiterhin konstruktiv zu unterstützen.

Soziale Stadt

SPD und CDU setzen nach wie vor auf das Programm „Soziale Stadt“ und vereinbaren, die nächste Förderphase offensiv für die Quartiere Wichlinghausen, Heckinghausen und Oberbarmen zu nutzen und Förderprogramme sinnvoll miteinander zu verzahnen. Unser gemeinsames Ziel ist, die Lebensqualität in den Quartieren unter Beteiligung der dort lebenden Menschen und Organisationen weiter voran zu treiben.

Bergische Universität

Die Bergische Universität hat in den letzten Jahren eine ausgesprochen positive Entwicklung genommen. Sie hat sich nicht nur stärker profiliert, sie ist auch endlich Teil der Stadt geworden. Dennoch sind sich die Kooperationsfraktionen darin einig, dass Wuppertal noch stärker als Universitätsstandort hervortreten kann. SPD und CDU setzen auf einen regen Austausch zwischen Universität, regionaler Wirtschaft und Kommunalpolitik, um diesem Ziel gemeinsam ein Stück näher zu kommen. So sollte eine Maßnahme in dieser Hinsicht die intensive Nutzung möglicher Förderkulissen sein. Es muss uns zudem gelingen, noch mehr Studentinnen und Studenten als Neubürgerinnen und Neubürger in unsere Stadt zu holen, die konsequenterweise auch nach Abschluss ihres Studiums möglichst dauerhaft den Wirtschaftsstandort Wuppertal stärken.

Ein wichtiger Aspekt hinsichtlich der Attraktivität der Bergischen Universität ist nicht zuletzt auch die Klärung der Frage, wie sich der Universitätssport qualitativ weiterentwickeln kann. Die Kooperationsfraktionen vereinbaren hierzu, sich mit hoher Priorität für eine gemeinsame Lösung der Frage der Perspektive der Uni-Halle zwischen Stadt und Land stark zu machen. Die Kooperationsfraktionen sind sich einig darüber, dass eine Mehrzweckhalle wie die Uni-Halle ein unverzichtbarer Bestandteil einer qualitativen und zukunftssträchtigen Sportstättenentwicklung ist.

Verkehr

Das Leitbild einer Stadt, welches dem motorisierten Individualverkehr überwiegend Vorrang einräumt, entspricht nicht mehr den Bedürfnissen vieler Wuppertalerinnen und Wuppertaler nach einer gleichberechtigten Teilhabe anderer Mobilitätsformen. Durch die Umwandlung der Nordbahntrasse und den technischen Fortschritt bei Elektroantrieben für Fahrräder gewinnt das Fahrrad als Verkehrsmittel in Wuppertal immer mehr an Bedeutung. Des Weiteren wird der Anteil der ÖPNV-Nutzer aufgrund der demografischen Entwicklung auf einem konstant hohen Niveau bleiben. Gleichzeitig bleibt die Verkehrssituation um Wuppertal mit der mangelnden Ausbaufähigkeit der A46 und der prognostizierten Zunahme des Individual- und Schwerlastverkehrs angespannt.

Ausbau L 419

Die Kooperationsfraktionen bekennen sich ausdrücklich zum Ausbau der L 419. Dieser südliche Lückenschluss wird eine deutliche Entlastung für die A46 darstellen. SPD und CDU erwarten, dass die Einbindung und Beteiligung der unmittelbar betroffenen Bürgerinnen und Bürger in das Projekt noch vor Einleitung des formellen Planfeststellungsverfahrens erweitert wird.

ÖPNV

Wuppertal kann schon jetzt mit einem hervorragenden ÖPNV-Angebot aufwarten. Mit dem Neubau des Busbahnhofs Döppersberg wird ein weiterer attraktiver Verknüpfungspunkt entstehen. Die komplett sanierte Schwebebahn und die Anschaffung der neuen Schwebebahnwagen vervollständigen das Gesamtangebot und machen das Wahrzeichen unserer Stadt zukunftsfähig. Fest steht aber auch, dass Wuppertal ein neues ÖPNV-Gesamtkonzept benötigt, das sich an den veränderten Rahmenbedingungen orientiert. Die Kooperationsfraktionen sind sich darin einig, dass gerade Veränderungen im Nahverkehr ein besonders gutes Beispiel für aktive Bürgerbeteiligung sein kann. Aus diesem Grunde vereinbaren SPD und CDU, zeitgerecht einen beteiligungsorientierten Prozess anzustoßen, an dessen Ende ein neuer Nahverkehrsplan steht. Dieser Plan bietet dann die Grundlage für die zu treffenden Entscheidungen über Veränderungen der bisherigen ÖPNV-Struktur.

Die Wuppertaler Stadtwerke sollen auch in Zukunft unser verlässlicher Partner für den öffentlichen Personennahverkehr in Wuppertal sein.

Fahrradstadt

Durch die Umwandlung der Nordbahntrasse in einen kombinierten Fahrradfußweg ist nicht nur eine neue Naherholungsstrecke entstanden, sondern auch ein idealer Schnellweg der Nahmobilität. Um das Fahrrad als echte Alternative in Wuppertal attraktiv zu machen, fehlen allerdings noch wesentliche Punkte. Die Kooperationsfraktionen vereinbaren, die im Projektbericht des Wuppertal Instituts beschriebenen Handlungsfelder „Strategien zur Stärkung des Radverkehrs unter schwierigen Rahmenbedingungen, Analysen zu Hemmnissen und Potentialen am Beispiel der Stadt Wuppertal“ schrittweise zu berücksichtigen. Grundsätzlich sind sich SPD und CDU darüber einig, dass die zukünftige Gestaltung von Verkehrsflüssen stark durch den Aspekt der Nachhaltigkeit geprägt sein muss.

Auch in diesem Themenkomplex sehen die Kooperationsfraktionen eine herausragende Möglichkeit der Bürgerbeteiligung.

Umwelt und Energieeffizienz

Die Kooperationsfraktionen vereinbaren unter dem Aspekt der konsequenten Weiterentwicklung der Klimaschutzziele die nachhaltige Reduzierung der CO₂-Werte im gesamten Stadtgebiet. Die Betrachtungen sind dabei nicht allein auf den Autoverkehr zu beschränken. Mit dem Wuppertal Institut hat die Stadt dabei einen weltweit gefragten Ratgeber zur nachhaltigen Entwicklung vor Ort, der ein hohes Interesse an der qualitativen Weiterentwicklung seines Standortes zeigt. Zusammen mit der Bergischen Universität und der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz bildet bereits diese Exzellenz eine hervorragende Grundlage dafür, Fördergelder für

Pilotprojekte im Bereich Energieeffizienz und Regenerative Energien nach Wuppertal zu holen. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten, um noch intensiver die Fördermöglichkeiten für unsere Stadt zu nutzen. Wuppertal hat dabei großes Potential, sich erfolgreich auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadt weiter zu entwickeln – diese Chancen wollen wir nutzen.

SPD und CDU unterstützen ausdrücklich die Initiative „Wuppertal macht Wind“, die die Möglichkeiten des Windkraftstandortes Wuppertal herausarbeiten, entwickeln und vermarkten will.

Die Kooperationsfraktionen erwarten, dass der Ausbau des Lärmschutzes entlang der Autobahnen und autobahnähnlichen Landstraßen weiter voran gebracht wird.

Darüber hinaus bekennen sich SPD und CDU zur bäuerlichen Landwirtschaft in Wuppertal. Wir schätzen die Bauern in unserer Region als Landschaftspfleger und Direktvermarkter umweltfreundlich und wohnortnah hergestellter Nahrungsmittel. Die vorhandenen Acker- und Waldflächen wollen wir so weit wie möglich sichern und erhalten.

Kultur, Sport und Ordnungspartnerschaften

Kultur

Die Kooperationsfraktionen bekennen sich zur Kulturstadt Wuppertal, die sowohl im Bereich der klassischen Kultur als auch im Bereich der freien Kulturszene sehr viel zu bieten hat. Mit dem Von der Heydt-Museum und der Kunsthalle Barmen besitzt Wuppertal für die Bildenden Künste herausragende Ausstellungsorte mit internationalem Renommee. Das hervorragende Wuppertaler Sinfonieorchester, das nicht zuletzt einen der schönsten Konzertsäle Europas bespielt, lebt Musiktradition in Wuppertal auf allerhöchstem Niveau. Oper und Schauspiel der Wuppertaler Bühnen stehen für eine lange und große Theatertradition. Durch das Tanztheater Pina Bausch besitzt unsere Stadt außerdem ein Kulturgut ersten Ranges, mit dem unsere Stadt nicht weniger als Weltruhm erlangen konnte.

Wuppertaler Bühnen / Pina Bausch

SPD und CDU bekennen sich uneingeschränkt zu allen drei Sparten der Wuppertaler Bühnen. Den anstehenden Transformationsprozess sowie die Klärung der Frage „Internationales Tanzzentrum Pina Bausch“ am Standort Schauspielhaus werden die Kooperationsfraktionen mit aller Kraft konstruktiv und positiv begleiten. Gemeinsam werden wir uns dafür stark machen, dass wir an diesem traditionellen Ort eine zukunftsweisende Kulturstätte auf den Weg bringen können.

Freie Kulturszene

Einen unverzichtbaren und herausragenden Beitrag zur Kultur in Wuppertal leisten die zahlreichen Einrichtungen der freien Kulturszene. Das städtische Kulturbüro stellt hier bereits einen wichtigen und erfolgreich arbeitenden Ansprechpartner für die freie Kulturszene dar. Die Kooperationsfraktionen würden sich wünschen, dass das Angebot der freien Szene noch besser in das Kulturgesamtangebot der Stadt integriert wird, so z.B. durch die optimale Abstimmung der Spielpläne oder auch in der Frage des Kartenmanagements.

Kultur im öffentlichen Raum

Die Präsentation von Kultur im öffentlichen Raum gilt es weiter zu fördern und auszubauen. Die Kooperationsfraktionen begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich Tony Craggs Engagement für Wuppertal, der mit seinem Skulpturenpark eine einmalige Symbiose aus Kunst und Natur geschaffen hat und dies mit überaus anspruchsvollen Musik- und Literaturveranstaltungen kombiniert. SPD und CDU sind sich darin einig, dass die Inszenierung von Kultur an öffentlichen und zum Teil ungewöhnlichen Orten ein zukunftsträchtiges Thema ist, damit Kultur noch besser alle Menschen erreichen kann. Insbesondere für junge Künstler sollte hier nach geeigneten Möglichkeiten für eine Präsentation gesucht werden.

Historisches Zentrum

Ein Entwicklungsschwerpunkt der Wuppertaler Kulturpolitik ist das Historische Zentrum mit dem Engelshaus, das wir mit überregionaler Hilfe baulich, konzeptionell und inhaltlich seiner eigentlichen Bedeutung entsprechend weiterentwickeln wollen.

Kultureller und kulturpolitischer Dialog

Die Kooperationsfraktionen vereinbaren, sich für eine deutliche Stärkung und Öffnung des kulturellen und kulturpolitischen Dialoges in unserer Stadt einzusetzen. Ein Kulturentwicklungsplan soll als Orientierungshilfe die Zukunft der Stadtkultur und die dafür erforderlichen kultur- und stadtpolitischen Ressourcen beschreiben. Wir müssen im Dialog mit allen kulturell verantwortlichen Akteuren die Frage angehen, wie sich Kultur in Wuppertal zeitgemäß weiterentwickeln soll. Hierzu gilt es zu klären, wie wir einerseits das kulturelle Erbe unserer Stadt optimal erhalten können und wie wir andererseits ganz gezielt und effektiv neue Impulse setzen, um auch im Bereich Kultur dem dauerhaften Entwicklungsprozess Rechnung tragen zu können.

Kulturelle Bildung

Die kulturelle Daseinsvorsorge gilt es zu sichern und vor allem das Thema kulturelle Bildung als Schwerpunktaufgabe zu begleiten. Wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Kulturarbeit ist eine kommunale Strategie für kulturelle Bildung, um den Zugang zur Kultur für die unterschiedlichen Zielgruppen zu ermöglichen, Wissens- und Informationsbarrieren abzubauen und für aktive Kulturarbeit zu werben. Dabei sollte Schülern, Auszubildenden und Studenten der Zugang zu Kulturveranstaltungen erleichtert werden. Kultur muss bei den Menschen ankommen.

Kulturmarketing

Neben dem Aspekt der kulturellen Bildung ist das Kulturmarketing unserer Stadt ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt, um Wuppertal noch besser nach Innen und Außen durch Bündelung und gemeinsame Aktivitäten präsentieren zu können. Die Kooperationsfraktionen vereinbaren, sich für ein offensives Kulturmarketing stark zu machen. Es muss zukünftig deutlich besser gelingen, dem Wirtschaftsfaktor Kultur angemessen Rechnung zu tragen und neben einer attraktiven Präsentation des gesamten kulturellen Angebotes auch und vor allem die kulturellen Schätze Wuppertals als Markenkern zu stärken. Als Beispiel sei an dieser Stelle Else-Lasker-Schüler genannt, die als großes kulturelles Erbe sicherlich noch deutlich angemessener präsentiert und vermarktet werden könnte. Die verstärkte Einwerbung überregionaler Fördermittel insbesondere für gemeinsame Bergische Projekte wie etwa im Bereich Schloss Burg wird angestrebt.

Sport

Die Kooperationsfraktionen vereinbaren, sich auch zukünftig für eine kostenfreie Nutzung der Sportstätten durch die Wuppertaler Sportvereine einzusetzen. Durch eine bessere Vernetzung insbesondere kleinerer Vereine ist das Angebot zu stärken. Ebenso sehen wir die Sportvereine nach wie vor als einen festen Bestandteil der nachschulischen Betreuung unserer Kinder und Jugendlichen sowie unter dem Aspekt der Gesundheitsförderung. SPD und CDU vereinbaren, die Vereine in ihrer Arbeit weiterhin zu unterstützen und das ehrenamtliche Engagement weiter zu fördern.

Ordnungspartnerschaften

Die Ordnungspartnerschaft zwischen Polizei und kommunalem Ordnungsdienst läuft in Wuppertal im Vergleich zu anderen Städten bereits ausgesprochen gut. Das Thema subjektives Sicherheitsempfinden wird allerdings auch zukünftig, so zum Beispiel in einigen Bereichen der Nordbahntrasse, ein wichtiger Aspekt für die Wuppertalerinnen und Wuppertaler sein. Dieses gilt auch für Vandalismus und Fassadenschmierereien. Zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens sind nicht zuletzt auch kommunale Maßnahmen gefordert. Die Kooperationsfraktionen vereinbaren, die Ordnungspartnerschaft zwischen Polizei und städtischem Ordnungsdienst in Bezug auf diesen Sicherheitsaspekt zu erweitern und zu intensivieren.

Brandschutz und Hilfeleistung

Die Kooperationsfraktionen erkennen ausdrücklich das herausragend gut funktionierende Netzwerk aus Berufsfeuerwehr und Freiwilligen Feuerwehren an und sagen zu, das ehrenamtliche Engagement auch im Bereich der Freiwilligen Feuerwehren weiterhin zu fördern.

Wuppertal, 21. August 2014

Dietmar Bell
Vorsitzender der SPD Wuppertal

Rainer Spiecker
Stellv. Vorsitzender der CDU Wuppertal

Klaus-Jürgen Reese
Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Rat der Wuppertal

Michael Müller
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Wuppertal